

Wirtschaft

Dumm gelaufen

Daniel Vasella beging bei seiner Flucht vor dem Zuger Fiskus Anfängerfehler **26**

Smarte Batterien

Ein Neuenburger Institut tüftelt an Batterien, die sich selbst reparieren können **29**



Derzeit gibt es in der Schweiz 252 000 offene Stellen, aber nur 97 000 Arbeitslose.

Das ist doch nicht mehr normal!

Ein unbändiges Stellenwachstum und hohe Zuwanderung in wirtschaftlich mageren Zeiten: Das sei problematisch, finden Ökonomen. Sie fordern staatliches Masshalten, einen stärkeren Franken und weniger Teilzeit. **Von Markus Städeli**

Die Diskussion über die Zuwanderung ist neu lanciert, pünktlich zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst. Die Reizwörter der Stunde heissen «Neun-Millionen-Schweiz» und «Wohnungsnot». Von Januar bis November 2022 hat die ständige ausländische Wohnbevölkerung um 75 490 Personen zugenommen. Der Trend beschleunigt sich offenbar. Denn im November stieg das Plus sogar auf 11 613. Und die Arbeitgeber haben noch viel mehr Jobs zu vergeben. Gemäss dem Arbeitsmarkt-Datenspezialisten x28 waren am Freitag in der Schweiz 252 473 offene Stellen ausgeschrieben. Zum Vergleich: Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nur knapp 97 000. Die Personalberatungsfirma Michael Page schrieb diese Woche in einer Medienmitteilung sogar von einem «historischen Kandidatenmangel». Arbeitgebende müssten deshalb bereit sein, den besten Leuten hohe Löhne zu bezahlen.

Der Arbeitgeberverband sieht sich bereits in der Defensive: «Die Zuwanderung wird diffamiert», beklagt dessen Chefökonom Simon Wey im jüngsten Newsletter. Es stimme nicht, dass die Schweiz «aufgrund der Zuwanderung mehrheitlich nur noch in die Breite» wachse.

Wey nimmt namentlich Bezug auf einen Artikel der NZZ, der das bescheidene Pro-Kopf-Wachstum unseres Landes thematisiert hat. Es habe in den letzten drei Jahrzehnten nur um 29% zugenommen - deutlich weniger als in den USA oder in Deutschland, schrieb unsere Schwester-Zeitung. Das lässt auf den ersten Blick den Schluss zu, dass die Produktivität der Schweizer Wirtschaft mit steigender Zuwanderung sinkt. So einfach ist die Sache zwar nicht. Die meisten Ökonomen se-

hen unsere Produktivität nicht in Gefahr. Auf sie habe die hohe Einwanderung keine eindeutige Wirkung, sagt Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaft an der Fachhochschule Nordwestschweiz. «Dies, weil sie sowohl in Branchen mit hoher Wertschöpfung erfolgt als auch bei Tätigkeiten mit einer tiefen Wertschöpfung.»

Doch er und viele seiner Berufskollegen machen sich sehr wohl Sorgen über das unbändige Stellenwachstum. Zumal auch der Zeitpunkt dieses Booms erstaunt: Die Konjunktur in Europa lahmt und wird dieses Jahr weit hinter ihrem Potenzial zurückbleiben. Wie kann es da sein, dass der Stellenmarkt komplett ausgetrocknet ist und Arbeitgeber händeringend nach Fachkräften suchen?

«Nicht nachhaltiges Wachstum»

Es sei nicht seine Aufgabe, zu beurteilen, ob die Nebenwirkungen des Wirtschaftswachstums zu gross geworden seien, sagt Klaus Wellershoff, Gründer der gleichnamigen Wirtschaftsberatung. «Doch ein Beschäftigungsplus von 4,2% in nur 3 Jahren ist sicher nicht nachhaltig. Da stellt sich schon die Frage, ob dies das Wachstum ist, das wir wollen.»

Der frühere UBS-Chefökonom hat den Zeitraum kurz vor Ausbruch der Pandemie bis zum 3. Quartal 2022 unter die Lupe genommen. Er kommt zum Schluss: Der Schweizer Fachkräftemangel sei im Wesentlichen die Folge eines «nicht nachhaltigen Wachstums der Arbeitsnachfrage».

Mit einer Zunahme von mehr als 170 000 Stellen liege das Plus bei der Beschäftigung fast dreimal so hoch wie das Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung. Dafür verantwort-

lich sei laut Wellershoff ein massiver Stellenaufbau in staatsnahen Bereichen und eine zu expansive Geld- und Fiskalpolitik.

Wir fragen nach bei Reto Föllmi, Professor an der Hochschule St. Gallen. Das Wirtschaftswachstum ist einer von Föllmis Forschungsschwerpunkten. Er erklärt sich die ungewöhnliche Situation am Schweizer Arbeitsmarkt auch mit Fehlern der jüngeren Vergangenheit: «Es war wichtig, die Wirtschaft in der Pandemie zu stabilisieren. Aber de facto wurde mit diesen Massnahmen die Basis für eine künstliche Hochkonjunktur gelegt, und Konkurse wurden verhindert.»

Wenn aber unprofitable Firmen nicht verschwänden, falle es prosperierenden Unternehmen umso schwerer, geeignetes Personal

zu finden, so Föllmi. Mit anderen Worten: Der Staat hat in der Pandemie die Konjunktur über Gebühr stimuliert. So haben Zombie-Firmen überlebt, die in einer klassischen Rezession verschwunden wären. Ohnehin haben viele Unternehmen schon seit langem keine Restrukturierungen mehr vorgenommen. Bereits die Finanzkrise von 2008 und 2009 tangierte die Binnenwirtschaft nur am Rande.

Rache der Negativzinsen

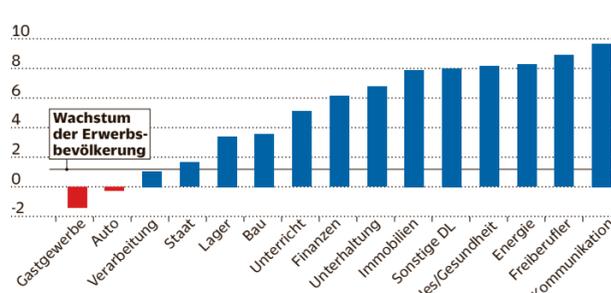
Dazu kommen die Zinsen, die in der Schweiz jahrelang negativ waren und gemessen an der Inflation auch heute noch auf einem ungewöhnlich tiefen Niveau liegen. Wellershoff findet, die Geldpolitik müsse viel restriktiver sein: «Die Kerninflation, also die Teuerung ohne volatile Komponenten wie Energie oder Nahrung, liegt bei 2%, die Leitzinsen jedoch nur bei 1%.» Auch der Franken sei mittlerweile unterbewertet, was der Exportindustrie noch Rückenwind verschaffe. Die Nationalbank solle ihre Interventionen am Devisenmarkt einstellen und den Franken aufwerten lassen.

Auch Föllmi findet, dass ein stärkerer Franken sinnvoll wäre. Normalerweise gewinne der Franken real immer an Wert und dieser Aufwertungsdruck sei ein gutes Korrektiv gegen ein reines Mengenwachstum der Wirtschaft. Doch seit 2015 habe sich der Franken teuerungsbereinigt sogar eher abgeschwächt. «Eine gewisse Aufwertung sollten wir also zulassen», sagt Föllmi.

Ein rotes Tuch ist für die Ökonomen der Stellenaufbau in der Verwaltung und bei staatsnahen Betrieben. Wellershoff findet

Ist dieses Stellenwachstum nachhaltig?

Zuwachs der Beschäftigung in Schweizer Branchen seit dem 4. Quartal 2019 bis Ende September 2022 (in Prozent)



Quelle: Wellershoff & Partners